



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

---

*Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten*

---

**2013/2154(INI)**

17.12.2013

# STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

zu SOLVIT  
(2013/2154(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Martin Kastler

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt den Ansatz der Kommission, die erfolgreiche Arbeit des SOLVIT-Netzes zur informellen, schnellen und bürgernahen Problemlösung bei grenzübergreifenden Streitfällen zu Fragen des Binnenmarkts – ein Werkzeug, um bei einer fehlerhaften Anwendung nach der Umsetzung einzugreifen – weiter zu optimieren, und schlägt vor, dass die Mitgliedstaaten eng mit der Kommission zusammenarbeiten, um das SOLVIT-System als kostenlose, benutzerfreundliche Dienstleistung zu verbessern;
2. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, gleichberechtigten Zugang, insbesondere für Menschen mit einer Behinderung, benachteiligte Menschen und vor allem ältere Menschen zu SOLVIT-Beratungsstellen und Online-Portalen sicherzustellen und sämtliche Optionen für die Kontaktaufnahme zwischen Nutzern und SOLVIT-Beratungsstellen in diesem Zusammenhang weiter zu entwickeln;
3. unterstützt die Bemühungen zur Klärung und Ausdehnung der Zuständigkeiten auf alle „strukturellen Fälle“, die im Widerspruch zu den Rechtsvorschriften der EU für den Binnenmarkt stehen; unterstreicht die Rolle und die Koordinierung länderübergreifender Netze zur Beilegung von Streitfällen bei der Durchsetzung, Verwaltung und Gewährleistung der täglichen Umsetzung der europäischen Rechtsvorschriften durch nationale Behörden, wozu auch die Bereitstellung von Informationen über nationale Bestimmungen und Verfahren betreffend die Rechtsvorschriften der EU in einer praktischen, verständlichen und aktuellen Art und Weise in den relevanten Sprachen gehört;
4. fordert, dass insbesondere alle grenzübergreifenden Fragen in den Bereichen Arbeitnehmerrechte, soziale Rechte und Gleichbehandlung in den Mittelpunkt gestellt werden, wobei auf die Fragen im Zusammenhang mit Renten und Pensionen, EU-Arbeitnehmern und entsendeten Arbeitnehmern besonderes Augenmerk zu richten ist;
5. schlägt vor, die Leistung der SOLVIT-Beratungsstellen fortlaufend zu verbessern, vor allem in Bezug auf Sozialversicherungsfälle;
6. begrüßt alle Maßnahmen zur Verbesserung der Qualitätskontrolle, zur Etablierung einheitlicher Mindeststandards in den Beratungsstellen und zur besseren Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen EU-Beratungsnetzen; schlägt vor, auf der Website jedes Organs und jeder Einrichtung der EU systematisch einen Link zu SOLVIT einzufügen die nationalen Portalen mit „Ihr Europa“ zu verknüpfen; fordert die Mitgliedstaaten auf, öffentliche Stellen verstärkt für SOLVIT zu sensibilisieren, damit Bürger und Unternehmen besser darüber informiert werden, wie sie ihre Rechte im Binnenmarkt durchsetzen können;
7. fordert die Mitgliedstaaten auf, angemessene Finanzmittel für die SOLVIT-

Beratungsstellen zu gewährleisten;

8. fordert eine Intensivierung der SOLVIT-Öffentlichkeitsarbeit und die Verknüpfung von SOLVIT mit anderen einschlägigen Akteuren und Plattformen, um den Bekanntheitsgrad von SOLVIT bis zum Jahr 2020 deutlich zu erhöhen; begrüßt die Zusage der Kommission, derartige Tätigkeiten zu unterstützen und weist auf die Möglichkeit hin, im Hinblick auf die Kampagne für die Europawahl 2014 eine europäische Kommunikationskampagne zu SOLVIT zu starten;
9. hebt hervor, wie wichtig es ist, das Wissen über die Datenbank für SOLVIT-Fälle weiterzugeben, und begrüßt die Empfehlung der Kommission betreffend die Notwendigkeit, in Fällen, die nicht im Rahmen von SOLVIT behandelt werden können, Informationen über alternative Netze zur Beilegung von Problemen oder alternative Informationsquellen sowohl auf nationaler Ebene als auch auf der Ebene der EU zur Verfügung zu stellen, darunter auch Möglichkeiten für Rechtsbehelfe;
10. schlägt in dem Bewusstsein, dass die tatsächliche Beilegung von Streitfällen auf der Ebene der nationalen Verwaltungen erfolgen muss, vor, das Netz der SOLVIT-Beratungsstellen sukzessive weiter auszubauen, indem die europäischen Regionen die Möglichkeit erhalten, regionale SOLVIT-Beratungsstellen vor Ort („SolvitRegio“) einzurichten, die dazu beitragen können, die Bürgernähe von SOLVIT und den Bekanntheitsgrad des Angebots zu steigern;
11. begrüßt ausdrücklich den Schutz personenbezogener Daten durch die SOLVIT-Beratungsstellen und fordert, diesen Schutz fortlaufend zu überwachen und erforderlichenfalls weiter auszubauen, um den Anforderungen der Nutzer an den Datenschutz zu entsprechen;

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	17.12.2013
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+ :            35 - :            0 0 :            0
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Regina Bastos, Edit Bauer, Jean-Luc Bennahmias, Phil Bennion, Pervenche Berès, Milan Cabrnock, David Casa, Alejandro Cercas, Ole Christensen, Minodora Cliveti, Andrea Cozzolino, Frédéric Daerden, Karima Delli, Sari Essayah, Marian Harkin, Stephen Hughes, Danuta Jazłowiecka, Adam Kósa, Jean Lambert, Verónica Lope Fontagné, Olle Ludvigsson, Csaba Óry, Siiri Oviir, Konstantinos Poupakis, Elisabeth Schroedter, Traian Ungureanu
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Claudette Abela Baldacchino, Philippe De Backer, Edite Estrela, Richard Howitt, Martin Kastler, Anthea McIntyre, Vojtěch Mynář, Evelyn Regner, Tatjana Ždanoka